



Dr. Stephan Eisel  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Wahlkreisbüro: Markt 10-12  
53111 Bonn  
0228 -184 99832  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030 - 227 – 77088  
[stephan.eisel@bundestag.de](mailto:stephan.eisel@bundestag.de)

# Medienmitteilung

Nr. 19/08

19. März 2008

## Eisel, Kelber und Westerwelle gemeinsam gegen EED-Umzug

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel, Ulrich Kelber und Guido Westerwelle haben sich in einem gemeinsamen Brief an die Mitglieder des Aufsichtsrates des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) gegen den Umzug der Institution nach Berlin gewandt. Das gemeinsame Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Mit großem Unverständnis haben wir aus der Presse von der Absicht erfahren, dass der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) von Bonn nach Berlin verlegt werden soll. Auch wenn diese Entscheidung im engen Zusammenhang mit der Fusion von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe und deren Umzug von Stuttgart nach Berlin steht, lassen sich sachliche Gründe für die Verlagerung der EED aus dem Nord-Süd-Zentrum Bonn nach Berlin nicht erkennen.

In Bonn sind die meisten Organisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit konzentriert, und zwar sowohl im Nicht-Regierungsbereich als auch alle staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen. Außerdem hat Bonn als UN-Stadt und mit dem ersten Sitz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit ein besonderes politisches Gewicht in diesem Themenbereich. Mit dem Umzug nach Berlin würde sich der Evangelische Entwicklungsdienst vom nationalen entwicklungspolitischen Kompetenzzentrum Bonn de facto isolieren und abkoppeln. Deshalb wäre eine solche Entscheidung unverständlich.

Außerdem hat Bonn den Vorteil der Standortnähe zu den Institutionen der Europäischen Union in Brüssel, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen.

Aus all dem ergibt sich, dass fachliche Argumente für einen Umzug nach Berlin nicht zu erkennen sind.

Wir bitten Sie deshalb eindringlich von einer Verlagerung des EED nach Berlin abzusehen.“